



Gesundheitsappell: Atomkrieg verhindern – humanitäres Völkerrecht achten

Ein Jahr nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine rufen wir erneut zum Frieden auf.

Die Gefahr eines nuklearen Schlagabtauschs steigt mit jedem Tag, an dem der Krieg weitergeht. Alle nuklearen Drohungen, ob explizit oder implizit, sollten sofort eingestellt werden. Der Einsatz von Atomwaffen wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit und könnte leicht zu einem ausgewachsenen Atomkrieg führen.

Wir appellieren erneut an alle Atomwaffenstaaten, zu erklären, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Es ist von größter Wichtigkeit, dass wir uns vom Rande eines Atomkriegs entfernen. Ein Unfall oder der Einsatz taktischer Atomwaffen wäre eine Katastrophe enormen Ausmaßes und könnte einen noch größeren nuklearen Flächenbrand auslösen. In einem zweiten Schritt fordern wir die Atomwaffenstaaten auf, ihre Nuklearstreitkräfte zu deaktivieren, um das Risiko eines Abschusses aufgrund eines Fehlalarms zu vermeiden und mehr Zeit für die Kommunikation zwischen den Gegnern zu schaffen.

Die IPPNW klärt seit ihrer Gründung die Öffentlichkeit über die gesundheitlichen und humanitären Folgen eines Atomkriegs auf und wurde dafür 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Wir als Mediziner*innen bekräftigen heute erneut: In einem Atomkrieg werden wir nicht helfen können. Die Auswirkungen wären so schwerwiegend, dass jede medizinische Unterstützung völlig unzureichend wäre. Darin sind sich die Internationale Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der Weltärztebund und andere internationale Gesundheitsorganisationen einig. **Das einzige Heilmittel ist die Prävention.**

Atomkraftwerke sollten niemals absichtlich oder unabsichtlich angegriffen werden. Wir fordern entmilitarisierte Zonen in und um alle Atomkraftwerke und insbesondere den sofortigen Abzug der Streitkräfte aus dem AKW Saporischschja.

Wir verurteilen alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere die Angriffe auf die zivile Infrastruktur, vor allem auf Krankenhäuser und Schulen. Den Menschen im Winter Heizung und Licht vorzuenthalten, ist ein direkter Angriff auf die Zivilbevölkerung. Die Nichtunterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen ist nach der Genfer Konvention verboten. Das humanitäre Völkerrecht wurde zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten geschaffen und muss daher beachtet werden.

Jeglicher Einsatz von Waffen, die gegen bestehende Verträge verstoßen, muss sofort eingestellt werden, einschließlich Landminen und Streumunition. Diese Waffen bedrohen die Zivilbevölkerung in unverhältnismäßiger Weise. Land und Eigentum für den Lebensunterhalt werden unbenutzbar. Die durch diese Waffen verursachten Verletzungen erfordern intensive Pflege und chirurgische Eingriffe, was eine zusätzliche Belastung für die Krankenhäuser darstellt, die häufig bereits durch Militärschläge beeinträchtigt und aufgrund des Krieges personell unterbesetzt sind.